

Offener Aufruf - Schutz und Sicherheit für den Niederrhein

Xanten, 26.11.2025

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Wüst,

am Niederrhein entsteht seit Jahren eine Gefahrenlage, die – bei unverändertem Handeln – in eine vorhersehbare und vermeidbare Katastrophe münden kann. Ursache sind die fortgesetzten Geländeabsenkungen durch den früheren Kohle- und den aktuell ausgeweiteten Salzbergbau. Bereits heute zeigen sich erhöhte Grundwasserstände, Deichhinterströmung, überlastete Entwässerungssysteme und eine wachsende Überflutungsgefahr für mehr als 500.000 Menschen.

Zentrale Risikofaktoren

Der untertägige Abbau findet inzwischen unter dicht besiedelten Bereichen statt. Durch bestehende Haftungsregelungen besteht aus Sicht vieler Betroffener die Sorge, dass zukünftige Senkungsfolgen nicht ausreichend abgesichert sind. Angesichts weltweit verfügbarer Salzvorkommen stellt sich die Frage, ob der Abbau in dieser Region weiterhin verantwortbar ist.

Eine Anpassung des Bundesberggesetzes und des Klimaanpassungsgesetzes erscheint zwingend notwendig. Abbaubewilligungen sollten künftig auf eindeutigen, landesweit einheitlichen Kriterien basieren, die den Bevölkerungsschutz, raumordnerische Belange, ökologische Risiken und infrastrukturelle Auswirkungen verbindlich berücksichtigen.

Seit langem bekannte Risiken

Seit über 30 Jahren liegen Studien, Warnungen und Hinweise vor, u. a. die Landesstudie und der Bericht des MUNLV 2004. Dennoch folgten keine nachhaltigen strukturellen Maßnahmen. Auch zentrale Vorgaben der EU-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie wurden regional nur teilweise umgesetzt. Damit besteht kein Wissens-, sondern ein Umsetzungsdefizit.

Aktuelle Zuspitzung

Die Lage verschärft sich weiter durch:

- Fortführung des Salzbergbaus bis 2050,
- Abbau unter dem Banndeich,
- Umbau des rheinernen Deiches zu einem spundwandgestützten Staudamm,
- vorbelastete Deiche und überforderte Entwässerungssysteme.

Fachliche Szenarien gehen von möglichen Einstauhöhen bis zu zehn Metern aus. Katastrophenschutz und LINEG warnen seit Jahren vor strukturellen Grenzen.

Die zentrale Frage lautet daher: **Welche Verantwortung trägt die Landesregierung, wenn trotz bekannter Risiken keine ausreichenden Schutzmaßnahmen ergriffen werden?**

Erforderliches Handeln

Vorsorge und der Schutz der Bevölkerung müssen oberste Priorität haben. Die Erfahrungen der Ahrtal-Katastrophe zeigen, welche Folgen verspätetes Handeln haben kann.

Wir bitten Sie daher um ein **zeitnahes persönliches Gespräch**, um Risiken, Fehlentwicklungen und notwendige Schritte zu erörtern – bevor aus einer klar erkennbaren Gefahrenlage eine irreversible Katastrophe wird.

In Verantwortung für Mensch und Region

HWS in Schulterschulss-Gruppe vom linken Niederrhein

PS: Nachtrag, Bezug auf unsere Petition bezüglich Anpassung zum BBergG und KAnG im Bund/NRW